Stenographisches Protokoll

42. Sitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode des Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 21. Oktober 1999

Protokollauszug

Dr. Ritter

3. Punkt: Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf (Beilage 755) über die Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände (Burgenländisches Gemeinde-Personalvertretungsgesetz - Bgld. G-PVG) (Zahl 17 - 541) (Beilage 781)

Zweiter Präsident **Sipötz**: Wir kommen damit zum 3. Punkt der Tagesordnung. Es ist dies der Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 755, über die Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände (Burgenländisches Gemeinde-Personalvertretungsgesetz - Bgld. G-PVG), Zahl 17 - 541, Beilage 781.

Berichtersteller ist Herr Landtagsabgeordneter Gossy.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichtersteller **Gossy**: Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Zum Bericht und Abänderungsantrag des Rechtsausschusses betreffend den Gesetzentwurf, Beilage 755, über die Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände (Burgenländisches Gemeinde-Personalvertretungsgesetz - Bgld. G-PVG), Zahl 17 - 541, Beilage 781.

Der Rechtsausschuß hat den Gesetzentwurf über die

Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände (Burgenländisches Gemeinde-Personalvertretungsgesetz - Bgld. G-PVG) in seiner 30. Sitzung am Mittwoch, dem 13. Oktober 1999, beraten.

Bei dieser Sitzung wurde ich zum Berichtersteller gewählt.

Nach meinem Bericht legte ich einen Abänderungsantrag mit folgendem Wortlauf vor: "Die Regierungsvorlage (Zahl 17 - 541) betreffend ein Gesetz über die Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände (Burgenländisches Gemeinde-Personalvertretungsgesetz - Bgld. G-PVG), wird wie folgt geändert:

1. Der § 1 Abs. 3 lit 2 wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"2. Personen, die weniger als durchschnittlich 5 Stunden pro Woche beschäftigt sind."

2. Der dritte Absatz der Erläuterungen zu § 1 (Pkt II. Besonderer Teil) wird durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"Nicht als Bedienstete im Sinne dieses Gesetzes gelten Personen, die weniger als durchschnittlich 5 Stunden pro Woche beschäftigt sind und Personen mit kurzfristiger Beschäftigung."

Ich beantragte, dem in Verhandlung stehenden Gesetzentwurf unter Einbezug dieser Abänderung die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Mein Antrag wurde ohne Wortmeldung mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP gegen die Stimme der FPÖ mehrheitlich angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt somit der Rechtsausschuß den Antrag, der Landtag wolle dem Gesetzentwurf über die Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände (Burgenländisches Gemeinde-Personalvertretungsgesetz - Bgld. G-PVG) mit den von mir beantragten Abänderungen die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Zweiter Präsident **Sipötz**: Danke für den Bericht. Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Tschürtz** (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Wir haben heute ein Personalvertretungsgesetz vor uns liegen, das mit 1.1.2000 in Kraft treten soll. Hier geht es darum, laut § 1, daß in jeder Gemeinde, in der mindestens fünf Bedienstete beschäftigt sind, eine Personalvertretung eingerichtet werden soll. Dies gilt in gleicher Weise für Gemeindeverbände.

Wir haben uns dieses Gesetz sehr genau angesehen. Als Quintessenz ist herausgekommen, daß es ja nicht sein kann, bei fünf Bediensteten in jeder Gemeinde eine Personalvertretung einzurichten. Das kann es deshalb nicht sein, denn wenn man pro Woche mit fünf Stunden Beschäftigung schon eine Personalvertretung einrichtet, dann, glaube ich, sollte man das ruhig einmal den Gemeinden selbst überlassen.

Ich glaube kaum, daß man hier die Autonomie der Gemeinden einfach so links liegen läßt und sagt, uns ist das

Tschürtz

egal. Wir Freiheitliche fordern auf jeden Fall eine Urabstimmung. Eine Urabstimmung, ob überhaupt eine Gemeinde mit fünf Bediensteten eine Personalvertretung mit einer Vertrauensperson einrichten möchte. *(Beifall bei der FPÖ - Zwischenruf des Abg. Thomas)*

Wo gibt es einen Unterschied, Herr Kollege? *(Abg. Thomas: Setzen Sie nur fort!)* Die Rechte und Pflichten, wenn Sie das ansprechen, einer Vertrauensperson und eines Personalvertreters sind gleich. Das heißt, eine Vertrauensperson hat genauso mit ... *(Abg. Schreiner: Wo steht das?)* Das steht unter § 8, wenn Sie das ganz genau wissen wollen. *(Abg. Schreiner: Von Vertrauenspersonen, Urabstimmung, das alles zusammen!)* Das hat ja mit dem nichts zu tun. *(Abg. Schreiner: Sie haben doch gerade eine Urabstimmung verlangt.)* Na selbstverständlich, jeder Betrieb soll selbst entscheiden. *(Abg. Schreiner: Sie werden selber entscheiden, indem sie eine Wahl durchführen, entweder sind mehr oder weniger dafür. Sie brauchen nur wählen.)*

Ich glaube, wahrscheinlich ist den Abgeordneten von SPÖ und ÖVP komplett entgangen, daß es eine Urabstimmung beim Magna-Konzern gegeben hat, beim Herrn Stronach. Ich glaube, so ähnlich könnten wir das auch machen. *(Abg. Schreiner: Man kann trotzdem jeden Tag einen Betriebsrat wählen. Das Gesetz gibt es nach wie vor.)* Das Gesetz gibt es auch bundesweit und trotzdem hat es beim Herrn Stronach, beim Magna-Konzern, eine Abstimmung gegeben, wo alle dagegen waren. *(Abg. Schreiner: In Tausenden Betrieben gibt es keinen Betriebsrat.)* Das müssen Sie schlußendlich zur Kenntnis nehmen. *(Beifall bei der FPÖ)* Sie sagen jetzt: Wir machen ein Gesetz, wir fahren über alle drüber. Dazu sagen wir nein. Das ist auch nicht notwendig. *(Abg. Schreiner: Ihr braucht keine Mitbestimmung. Ihr wollt einfach keine Mitbestimmung. Ihr wollt keine Wahlen. - Abg. Gertrude Spieß: Das Gesetz ermöglicht, daß man nein sagen kann.)* Ja, aber warum soll ich das bitte festschreiben und über die Gemeinden hinweggehen. Das kann es ja bitte nicht sein. Wir fordern deshalb flächendeckend eine Urabstimmung. *(Abg. Fasching: Ihr seid doch immer für freie Wahlen, bei denen jeder entscheiden kann; jeder kann frei wählen. Ihr wollt es nicht! Es schaut so aus, als wenn es fort in Richtung Diktatur geht.)*

Zum § 8, den ich vorhin angeschnitten habe, zum Wirkungsbereich dieser Personalvertreter. Hier obliegt es dem Personalvertreter, bei der Anordnung von Überstunden mitzuwirken. Hier obliegt es der Vertrauensperson oder dem Personalvertreter, bei der Einführung von neuen Arbeitsmethoden, bei der gesamten Organisation, mitzuwirken. Die Personalvertretung hat auch bei Personalangelegenheiten ein Mitspracherecht, und zwar bei der Aufnahme, bei der Abberufung und auch bei der Versetzung von Bediensteten. Das heißt also, hier wird die Personalvertretung, auch wenn nur fünf Bedienstete in der Gemeinde sind, ständig mitwirken.

Zusätzlich kommt natürlich, und das darf man nicht vergessen, ich glaube, das ist ein ganz wichtiges Argument, daß laut § 33 dieses Personalvertretungsgesetzes auch Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen sind. Räumlichkeiten mit der dementsprechenden Einrichtung, sprich Computer, Telefon und so weiter. Das heißt, es fallen sehr wohl Kosten für die Gemeinden an. Es ist nicht so, wie Landeshauptmann-Stellvertreter Jellaszitz gesagt hat, daß keine Kosten anfallen.

Tatsächlich ist es so, daß erstens einmal die Einrichtung und ein Raum zur Verfügung zu stellen sein wird

und zweitens, das darf man überhaupt nicht vergessen, daß jedem Bediensteten 0,5 Prozent vom Gehalt abgezogen wird. Da wird eine Personalvertretungsumlage eingeführt. Jeder bekommt plötzlich um 0,5 Prozent weniger, weil wir das so bestimmen. Wir sagen, das wird gemacht, und jeder bekommt um 0,5 Prozent weniger. Ich glaube, das soll und kann es ja wirklich nicht sein. *(Beifall bei der FPÖ)* Herr Kollege Gossy, Sie nicken. Sie sagen nein, ja, nein, ja. *(Abg. Gossy: Ich nicke nicht. Ich habe nein gesagt.)* Es ist tatsächlich so.

Ich möchte noch hinzufügen, daß man natürlich auch nicht vergessen darf, daß die notwendige freie Zeit einem Personalvertreter *(Abg. Dr. Rauter: Die Gewerkschafter möchten noch mehr abziehen.)* zur Verfügung gestellt werden muß. Man muß sich jetzt vorstellen, man hat fünf Bedienstete in der Gemeinde beschäftigt und eine Vertrauensperson bekommt 15 Tage freie Zeit zur Verfügung gestellt. Ich weiß nicht, wieviel Urlaub heute jemand im Endeffekt hat. *(Abg. Elisabeth Ficker: 15 Tage innerhalb von fünf Jahren, Herr Kollege!)* Okay, das ist aber nicht das Problem.

Tatsache ist, es steht im Gesetz festgeschrieben. Ob es morgen, heute oder übermorgen ist, Tatsache ist auch, es ist eine Gesetzesgrundlage. Das kann man nicht wegdiskutieren. *(Abg. Gertrude Spieß: Innerhalb von fünf Jahren!)* Das steht da drinnen. Ich kann ja nicht ... *(Abg. Dr. Rauter: Er hat nichts anderes gesagt.)* Was soll ich bitte sonst anderes sagen? Tatsache ist natürlich auch, ... *(Abg. Gertrude Spieß: Das heißt, im Jahr sind das drei Tage.)* Okay, Frau Abgeordnete Spieß.

Ich glaube aber auch, daß natürlich nicht alle Bürgermeister bei dieser Gesetzesgrundlage hurra schreien. Sie werden sehen, wie viele Bürgermeister dagegen sind. Ich selbst habe sehr viele Gespräche geführt, und Ihr werdet gar nicht glauben, wie viele SPÖ- und ÖVP-Bürgermeister gegen dieses Gesetz sind. *(Abg. Schreiner: Mitbestimmung ist immer kompliziert.)* Ich würde es halt einfacher machen. Ich würde sagen, lassen wir die Gemeinden autonom entscheiden. Sie sollen selbst eine Urabstimmung machen, ob sie eine Personalvertretung haben wollen oder nicht. Ich glaube, das kann ja nicht das Problem sein.

Ich sehe schon ... *(Abg. Schreiner: Ihr wollt ganz einfach keine Mitbestimmung. Ihr wollt es nicht. - Abg. Dr. Rauter: Wir wollen keine Gewerkschaftsbonzen, Herr Kollege. - Abg. Schreiner: Mitbestimmung ist etwas anderes für mich.)* Sie wollen sich natürlich auch über die Gemeinden hinwegsetzen *(Abg. Schreiner: Jetzt gehen Dir die Argumente aus!)* und sagen: Wir machen ein Gesetz, liebe Gemeinden haltet Euch daran und die Sache ist erledigt. Ich möchte jetzt noch einmal festhalten, daß, wenn diese Personalvertretung eingerichtet wird, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen sind und daß jedem Bediensteten 0,5 Prozent vom Lohn abgezogen werden. *(Abg. Ing. Poglitsch: Das ist eine Sauerei.)* Das möchte ich unbedingt festhalten.

Deshalb stelle ich folgenden Antrag: "Antrag auf Rückverweisung an den Ausschuß gemäß § 62 Abs. 3 GeOLT der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Kollegen.

Die gefertigten Abgeordneten stellen den Antrag, den Gesetzesentwurf (Beilage 755) über die Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände (Burgenländisches Gemeinde-Personalvertretungsgesetz - Bgld. G-PVG an den Rechtsausschuß zur

Loos

weiteren Beratung zurückzuverweisen." (*Beifall bei der FPÖ - Abg. Tschürtz übergibt dem Präsidenten den Antrag*)

Zweiter Präsident **Sipötz**: Der mir soeben überreichte Abänderungsantrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Kollegen auf Rückverweisung an den Ausschuß ist gehörig unterstützt, sodaß er gemäß § 61 Abs. 3 GeOLT in die Verhandlung miteinbezogen wird.

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Loos das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter **Loos** (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Volksvertreter! Ich darf vorerst einmal feststellen, daß wir das einzige Bundesland sind, das eine derartige Einrichtung wie ein Gemeinde-Personalvertretungsgesetz noch nicht hat. Wir sind wirklich das einzige Bundesland! Wir sind relativ spät dran. Ich hätte mir eher den Vorwurf erwartet, daß man sagt, wir haben nicht rechtzeitig danach getrachtet, daß auch unsere Gemeindebediensteten eine entsprechende Vertretung haben. Wir tun es aber jetzt, und ich glaube, es ist gut so. Ich glaube, es ist höchst an der Zeit, daß wir diese Angelegenheit regeln.

Wir haben viel Erfahrung mit den Personalvertretern, sowohl beim Bund wie auch beim Land, und man kann wirklich, ohne das jetzt hochtrabend sagen zu wollen, feststellen, daß sich diese Einrichtung sehr bewährt hat. Ich glaube, das müssen wirklich alle, die hier sitzen, so sehen. Nicht, weil ich das jetzt befehlen will, sondern weil uns die Erfahrung das gezeigt hat. (*Abg. Dr. Rauter: Aber in der Regierung sind dann wieder neue Zulagen für die roten und schwarzen Personalvertretungsorgane beschlossen worden.*) Beim Bund und beim Land ist es so, daß sich die Personalvertreter in vielen intensiven Verhandlungen und Gesprächen mit dem Dienstgeber verschiedenste Dinge ausmachen, verschiedenste Dinge verhandeln, sodaß in Österreich Streiks und so weiter großteils vermieden werden konnten. Wer sich diese Woche in Deutschland angesehen hat, was die öffentlichen Bediensteten dort vorzubringen haben, und zwar auf eine andere Art und Weise als über Personalvertreter, der, glaube ich, würde sich nicht darauf freuen, daß es auch bei uns so wäre.

Nun zum Gesetzentwurf selbst. Es ist so, diese Verbesserung möchte ich machen, daß Personalvertreter dort nicht gewählt werden, wo es bereits Betriebsräte gibt. Das möchte ich nur dazu sagen, das ist in den Verhandlungen dazugekommen. Betreffend der fünf Bediensteten: Ich möchte nicht allzu zynisch werden, aber ein wenig muß mir schon erlaubt sein. Daß gerade Sie, die die Kleinen und Fleißigen so sehr vertreten, hier, wo es weniger Menschen gibt, die vertreten werden sollen, das verhindern wollen, das verstehe ich überhaupt nicht. Ich bin dafür, daß gerade auch solch kleine Gruppen durch einen Personalvertreter entsprechend - in dem Fall ist es eine Vertrauensperson - vertreten werden. Ich ersuche Sie, das auch zu tun. (*Beifall bei der ÖVP - Abg. Dr. Rauter: Wir sind ja nur gegen eine Zwangsbeglückung.*)

Von einer Zwangsbeglückung ist ja keine Rede. Es steht ja im Gesetz drinnen, daß der und der wählen gehen darf, daß der und der das tun darf. An und für sich muß im großen und ganzen überhaupt nichts geschehen. Es steht auch nirgends drinnen, daß etwas errichtet werden muß. Nur, Sie sagen, wenn alle nicht hingehen,

dann wird eben nicht gewählt. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Rauter*) Ich werde darauf noch eingehen, das ist ja an und für sich nicht so schwierig. Ich werde auch zu den 0,5 Prozent - das kann ich ja vorausschicken - gleich etwas sagen.

Zur 0,5 Prozent Personalvertretungsumlage: Hier gibt es ja gewisse Voraussetzungen, daß diese Umlage bezahlt werden kann, und zwar müssen mindestens zwei Drittel der Bediensteten dafür stimmen, daß es diese Umlage gibt. Soviel Praktiker bin ich schon, daß ich weiß, daß wir, glaube ich, bei unseren Gemeinden diese zwei Drittel nicht zusammenbringen und daher diese Personalvertretungsumlage wahrscheinlich auch nicht nötig sein wird.

Ich kann Ihnen auch zu den Räumlichkeiten etwas sagen. Ich glaube, ich bin außer jedem Verdacht, Sie wissen, daß ich seit sehr langer Zeit Bürgermeister bin. Diese Räumlichkeiten, wo sich unsere Personalvertreter treffen können, haben wir schon lange. Wir haben praktisch in jeder Gemeinde einen Sozialraum. Dort können sich die Personalvertreter zusammensetzen. Wenn es um eine Person geht, also um die Vertrauensperson, dann kann diese dort alleine sitzen und sich irgend etwas aufschreiben. Das kann ja nicht das Problem sein.

Ich habe den Verdacht, daß Sie einfach dagegen stimmen wollen und irgendwelche Gründe dafür suchen. Sicherlich wird der eine oder andere Bürgermeister dagegen sein, das gebe ich Ihnen schon zu. Aber wir machen ja nicht ein Bürgermeisterversetzungsgesetz, sondern ein Personalvertretungsgesetz, und es ist wichtig, daß die Leute zusammenarbeiten. (*Beifall bei der ÖVP und SPÖ*)

Wie gesagt, mir kommt es einfach auf die Zusammenarbeit an, und die klappt wirklich in fast allen Gemeinden unseres Landes sowieso schon sehr gut. Wenn hier gewisse Formen gewählt werden, um eben sozusagen nach einem gewissen Schema vorgehen zu können, dann finde ich das einfach richtig. Schauen Sie, man kann ... (*Abg. Dr. Rauter: Sie jammern doch immer über die Gesetzesflut.*) Das ist keine Gesetzesflut. (*Abg. Dr. Rauter: Doch, selbstverständlich.*)

Ein Personalvertretungsgesetz ist sicherlich ein neues Gesetz, das gebe ich Ihnen zu. Es ist aber nicht ein Gesetz, das in alle möglichen Dinge eingreift, sondern ein Gesetz, damit die Dienstnehmer nicht der Willkür irgendeines anderen ausgeliefert sind. Das wollen Sie sicher auch nicht. Hier wird eben genau geregelt - wie es alle guten Bürgermeister jetzt schon machen -, daß das in Zukunft auch geschehen soll und sonst eigentlich gar nichts. Die Willkür will man ausschließen. (*Abg. Tschürtz: Darum geht es nicht. - Abg. Ing. Poglitsch: Rot-Schwarze Einheitspartei!*)

Wir haben heute schon über verschiedene Dinge gesprochen, wo Fehler gemacht werden. Diese Fehler sollen eben nicht begangen werden. Das ist, glaube ich, der einzige Grund, warum eigentlich dieses Gesetz so notwendig ist. Dazu wird, glaube ich, die Frau Abgeordnete Ficker, die sich auch mit dieser Thematik sehr stark befaßt, noch einiges sagen.

Ich möchte wirklich all jenen, die bei dieser Gesetzesveränderung mitgewirkt haben, die sich die Mühe gemacht haben, Paragraph für Paragraph diese Dinge durchzugehen, sehr herzlich danken, und zwar der Personalabteilung, der Gewerkschaft, den Gemeindebediensteten und vor allem den Abgeordneten, die mit dem Ziel, daß sie das erreichen, hier wirklich mitgewirkt haben. Ich will

Elisabeth Ficker

auch jenen danken, die sich als Personalvertreter für die Dienstnehmer in unseren Gemeinden einsetzen. Ich will auch den Bürgermeistern und den Gemeindevertretern danken, daß sie den Konsens in unseren Gemeinden suchen und so für die Bürger unseres Landes Gutes leisten. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident **Sipötz**: Die Frau Abgeordnete Elisabeth Ficker ist als nächste zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete **Elisabeth Ficker** (SPÖ): Herr Kollege Tschürtz, ich habe eine Frage an Sie. Es werden bald Bundes-Personalvertretungswahlen stattfinden. Sie sind Polizeibeamter, Sie sind wahlberechtigt: Werden Sie zu dieser Wahl gehen oder nicht? *(Abg. Tschürtz: Wir haben davon gesprochen, daß fünf Bedienstete zu wenig sind.)* Ich habe Ihrer Rede entnommen, daß Sie überhaupt gegen die Wahlentscheidung sind. *(Abg. Dr. Rauter: Auch die Polizisten sollen in einer Wahl entscheiden, ob sie das haben wollen oder nicht!)* Natürlich, wenn keiner kandidiert, wenn keiner zur Wahl geht, dann wird nichts stattfinden. Es wird kein Personalvertreter das Mandat annehmen, wenn nur einer hingeht und ihn wählt, Herr Abgeordneter Rauter. *(Zwischenruf des Abg. Dr. Rauter)* Das glaube ich nicht. *(Abg. Bachmayer: Wie sehen das eigentlich die freiheitlichen Kammerräte?)* Wir haben unsere Wahlen sehr gut und unter großer Beteiligung geschlagen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Ein wesentliches Merkmal der Arbeitswelt in Österreich ist der sozialpartnerschaftliche Aufbau im Verhältnis zwischen den Arbeitnehmern und Arbeitgebern. Durch die geordnete und kompetenzmäßig klare Struktur haben die Arbeitnehmer die Sicherheit, im Falle von Problemen und Anliegen eine Vertretung zu haben, die ihre Interessen wahrnimmt. Gemeinsame Anliegen und Regelungen können auf diesem Wege durchgesetzt und geregelt werden. Auf der anderen Seite haben die Arbeitgeber ebenfalls die Gewißheit, einen kompetenten Ansprechpartner zu haben, der auch entsprechende Befugnisse hat.

Es ist kein Zufall, daß unser Land in der ganzen Welt als attraktiver Wirtschaftsstandort anerkannt ist, denn der soziale Friede ist ein sehr wichtiges Argument dafür.

In der österreichischen Rechtsordnung ist eine auf Grund von Gesetzen bestehende Vertretung der Arbeitnehmer für alle Bereiche vorgesehen. Das Arbeitsverfassungsgesetz regelt die Wahl und die Aufgaben der betrieblichen Vertretung durch die Betriebsräte. Sehr wichtig ist dabei die Bestimmung, daß die Errichtung eines Betriebsrates ein Akt ist, den der Unternehmer nicht behindern oder verhindern darf. Das Gesetz sieht für solche Fälle, vor allem auch für den gewählten Betriebsrat, besondere Schutzmaßnahmen vor, wie den Kündigungsschutz und die Bildungsfreistellung.

Ein bedeutender Bereich unserer Arbeitswelt ist auch der öffentliche Dienst. Auch hier hat der Gesetzgeber durch entsprechende Bestimmungen die Möglichkeit geschaffen, daß die Bediensteten zu einer kompetenten Vertretung kommen. Die Personalvertretungsgesetze auf Bundes- und Landesebene sind die entsprechenden Regelungen dazu. Alle Regelungen über die Wahl der Arbeitnehmervertreter unterliegen festen demokratischen Grundsätzen, sodaß die einmal gewählten Vertreter der Arbeitnehmer auch mit einem entsprechenden demokratischen Mandat ausgestattet sind.

Wir alle aber wissen, daß diese Einrichtungen und Körperschaften auch eine wirksame Unterstützung und Beratung von außen brauchen. In der Privatwirtschaft wird durch die Kapitalkonzentration und die immer rascher laufende Fusionswelle auch die überbetriebliche Zusammenarbeit immer bedeutender. Hier spielen die Gewerkschaften eine ganz besonders wichtige Rolle. Als aktive Personalvertreterin kann ich nur bekräftigen, daß diese gewerkschaftliche Organisation den Betriebsräten und Personalvertretern in den Betrieben und Behörden eine entscheidende Hilfestellung und Unterstützung bietet. Aus diesen Erfahrungen heraus sind die Bemühungen verständlich, in möglichst vielen Bereichen die Vertretung der Arbeitnehmer vor Ort zu wählen.

Es freut mich daher, daß wir nun auch eine der letzten Lücken schließen. Die Gemeinden des Landes zählen zu den letzten größeren Bereichen, die noch keine Regelung über die Personalvertretung haben. Der Lückenschluß ist ein weiterer Schritt zur Demokratisierung der Arbeitswelt in allen Bereichen.

Die dynamische Entwicklung des Wirtschaftslebens schafft ständig neue Bereiche, die einer Regelung bedürfen. So gehört etwa der wachsende Anteil jener Menschen, die durch besondere Verträge und Formen ihre Arbeitskraft auf den Markt bringen, zu diesen Gruppen. Auch für sie sollte - das ist allerdings eine bundesgesetzliche Angelegenheit - entsprechende Sicherheit und Vertretung geschaffen werden.

Das Gemeinde-Personalvertretungsgesetz orientiert sich in seinen wesentlichen Zügen an den bestehenden Bestimmungen für die Bundes- und Landesbediensteten. Auch die Gesetze für die Personalvertretung auf Gemeindeebene aus anderen Bundesländern waren eine wertvolle Orientierungshilfe. Nunmehr werden auch in den Kommunen die Bediensteten ihre Personalvertreter wählen können. Damit wird einer Forderung und einem Wunsch der Bediensteten selbst, aber auch der Gewerkschaft, entsprochen.

Die Erfahrungen zeigen, daß auch die Dienstgeber von einer partnerschaftlichen Gestaltung ihren Nutzen haben. Das beweist ja der bereits zitierte hohe Grad des sozialen Friedens in der österreichischen Arbeitswelt. Das wird zweifellos auch bei den Gemeinden der Fall sein.

Das neue Gesetz sieht in seiner Organisation eine Palette von Vertrauenspersonen und Personalvertretern sowie einen Zentralausschuß vor, der aber nur in Gemeinden mit 40 Bediensteten zum Tragen kommt, und das sind bei uns im Burgenland zur Zeit elf Gemeinden.

Die besondere Struktur der burgenländischen Gemeinden macht es erforderlich, daß der Kleinheit unserer Kommunen Rechnung getragen wird. In den meisten Fällen liegt die Zahl der Bediensteten bei weniger als 20. Daher wird die Zusammenfassung von Dienststellen vorgesehen, wenn die Zahl der Bediensteten 20 nicht übersteigt. Damit wird auch eine unnötige Aufblähung der Personalvertretungen vermieden, ohne die Effizienz der Vertretung selbst zu schmälern.

Seitens der Gewerkschaft wurde zwar die Verringerung dieser Grenzzahl von 20 auf 15 verlangt, diesem Wunsch wurde jedoch im Gesetzestext nicht entsprochen. Ich bin der Meinung, daß wir die Personalvertretung nun auf dieser Basis einführen sollten, mit dem Hinweis, daß wir aus den praktischen Erfahrungen später die richtigen Schlüsse ziehen.

Elisabeth Ficker

Ein Novum in diesem Gesetz ist die Personalvertretungsumlage, die bereits vom Kollegen Tschürtz angesprochen wurde. Sie ist ähnlich der Betriebsratsumlage nach dem Arbeitsverfassungsgesetz. Sie darf höchstens - sie muß nicht - 0,5 Prozent der Bemessungsgrundlage betragen und wird über Antrag des Personalvertreterauschusses und mit Zustimmung der qualifizierten Mehrheit der Bediensteten vom Dienstgeber eingehoben. Ich hätte eher geglaubt, Herr Kollege, daß Sie diesen Beitrag der Bediensteten gutheißen würden. Wenn Sie sagen, das wird den Gemeinden sehr teuer kommen, dann wird das den Gemeinden, wenn die Kollegen da zustimmen, nicht so teuer kommen, wenn sie selbst bereit sind, diese mitzufinanzieren.

Aufgrund der doch geringeren Beschäftigtenzahl ist keine Außerdienststellung der Personalvertreter und der übrigen Organe vorgesehen - zum Unterschied zu den anderen Personalvertretungsgesetzen -, es wird jedoch zur notwendigen Freizeitgewährung für Vorsitzende, Mitglieder und Vertrauenspersonen eine abgestufte Bildungsfreistellung gewährt.

Im allgemeinen gilt für dieses Gesetz, Herr Kollege Tschürtz, der Grundsatz der Sparsamkeit und der Schlankheit, wenn man Vergleiche zu den anderen Gesetzen zieht, und das war auch durch die Kompromißbereitschaft der Gewerkschaft der Gemeindebediensteten möglich.

Eine Ungerechtigkeit wurde mit dem heutigen Änderungsantrag ausgeräumt: Der Passus, daß Personen, die mit weniger als der Hälfte des für Vollbeschäftigte vorgeschriebenen Ausmaßes beschäftigt sind, nicht als Bedienstete im Sinne dieses Gesetzes gelten, wurde entschärft. Nunmehr heißt diese Ziffer 2 des § 1 Abs. 3, daß Personen, die weniger als durchschnittlich 5 Stunden pro Woche beschäftigt sind, nicht als Bedienstete im Sinne dieses Gesetzes gelten.

Eine Kritik hätte ich namens der weiblichen Bediensteten in den Gemeinden noch anzubringen: Es wäre wünschenswert, wenn im Gesetz auch verankert wäre, daß im Wahlvorschlag für die Personalvertretungswahlen analog der Anzahl der weiblichen Bediensteten auch die Kandidatur von Frauen Berücksichtigung findet.

Im allgemeinen jedoch glaube ich, daß mit diesem Gesetz den Gemeindebediensteten ein brauchbares Instrument zur Erlangung ihrer Rechte in die Hand gegeben wird. Meine Fraktion wird daher der Gesetzesvorlage mit den vom Berichterstatter vorgeschlagenen Änderungen die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident **Sipötz**: Wortmeldungen liegen keine mehr vor, der Herr Berichterstatter hat das Schlußwort. *(Abg. G o s s y : Ich verzichte!)*

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlußwort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich lasse vorerst über den Antrag der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Kollegen auf Rückverweisung dieser Vorlage an den Ausschuß gemäß § 62 Abs. 3 GeOLT abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Antrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit, der Antrag ist somit abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Gesetzesentwurf.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Abänderungen zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzesentwurf über die Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände (Burgenländisches Gemeinde-Personalvertretungsgesetz - Bgld. G-PVG) ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Abänderungen in zweiter Lesung mehrheitlich angenommen.

Da keine andere Vorgangsweise beantragt ist, kommen wir zur dritten Lesung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Gesetzesentwurf mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Abänderungen auch in dritter Lesung zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Gesetzesentwurf über die Personalvertretung der Bediensteten der Gemeinden und Gemeindeverbände (Burgenländisches Gemeinde-Personalvertretungsgesetz - Bgld. G-PVG) ist somit mit den vom Herrn Berichterstatter beantragten Abänderungen auch in dritter Lesung mehrheitlich angenommen.